

Der Reichstag zum Mietrecht und Mietengesetz.

Berlin. (Funkpr.) Reichspräsident Ebert eröffnet die heutige Sitzung um 12 Uhr mit einem von den Abgeordneten lebend angehörten Gedicht für den verstorbenen demokratischen Abg. Dr. Kautz, dessen Platz mit einem Trauerweiser Blumen geschmückt ist.

Der Reichstag verweigert zunächst entsprechend den Anträgen des Geschäftsordnungs Ausschusses die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung der Weisung zur Änderung des

Mietrechtsgesetzes und des Mietengesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Ausschussanträgen bis zum 31. März 1930 verlängert werden. Die wichtigste Neuerung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mietrechtsgesetzes der Vermieter das Mietverhältnis kündigen kann. Er läßt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungs schreiben zuweisen, in dem ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist und das die bestimmte Angabe der Tatsachen enthalten muß, auf die die Kündigung beruht. — Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung im gerichtlichen Güterverfahren nachgeprüft. Verfügt der Richter die zweifelhafte Kündigung, so kann der Räumungsbefehl gegen ihn erlassen werden.

Abg. Pflüger (Soz.) erklärt: Der Wohnungsmangel sei noch immer katastrophal. Die Annahme, daß ein Abbau der Wohnungswirtschaft zur Beseitigung des Wohnungsnotstandes führen werde, sei längst als falsch erwiesen. Den vorliegenden Entwurf lehne er ab und beantrage die Verlängerung des bestehenden Gesetzes.

Reichsjustizminister Vögel

bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als einen Ausdruck der Kampfbereitschaft. Die Wohnungswirtschaft, die Wirtschaftsfreiheit und Eigentum! Dieser große programmatische Kampf sei jetzt durch eine schrankenlose Kollation neu entfacht worden, obwohl der vorliegende kleine Gesetzentwurf gar keinen Anlaß zur Kollation des großen grundsätzlichen Streitfeldes biete (laute Rufe: Ja!). Sie haben ihn ja mit ihrem Entwurf entfacht. Ich bekenne mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Übel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Ja grundsätzliche Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hält genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Politische Tagesübersicht.

Der amerikanische Arbeitsminister Davis über die deutsche Einwanderungsquote. Arbeitsminister Davis erklärte sich in einer Rede vor den Vereinigten deutschen Gesellschaften bereit, die Vorlage des Senators Watson zu unterstützen, wonach die bisherige europäische Einwanderungsquote bestehen bleiben, die für Mexikaner vorgesehene Quote dagegen herabgesetzt werden soll. Außerdem soll das Verbot der Einwanderung von durch Arbeitsvertrag verpflichteten Arbeitern fallen. Es soll vielmehr eine Sonderklasse, die sogenannten selected immigration geschaffen werden, die diejenigen Arbeiter umfaßt, welche wegen besonderer Fähigkeiten von der Industrie der Vereinigten Staaten verpflichtet werden und bei der Einwanderung bevorzugt werden sollen. Die Familien dieser Arbeiter erhalten automatisch die Einwanderungserlaubnis, falls das Familienhaupt sie erhält. Die Einwanderung aus Mexiko wird auf ein freies Kontingent von 10.000 Saisonarbeitern beschränkt. Davis führte aus, falls die Bestimmung über die Herkunft der Einwanderer im Juli in Kraft trete, würden 67.000 Mexikaner, aber nur 23.000 Deutsche einwandern können, was unbillig sei. Davis betonte mit größtem Nachdruck die Notwendigkeit, das Einwanderungsverbot für verträglichere verpflichtete Arbeiter fallen zu lassen, das die amerikanischen Fabrikanten überdrüssig sind.

Dank der Reichsregierung an die Universität Königsberg. Der Staatssekretär der Reichsfinanze Dr. Pander hat telegraphisch dem Rektor und Senat der Albertus-Universität in Königsberg den Dank des Reichsfinanzministers und der Reichsregierung für die Grüße ausgesprochen, mit denen anlässlich der Einweihung des neuen Universitätsgebäudes Rektor und Senat der tätigen Förderung der Universität durch die Reichsregierung gedankt haben.

Beileid des Reichsfinanzministers zum Tode der Gattin des baltischen Justizministers. Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat dem baltischen Justizminister Dr. Trunk zum Tode der Gattin seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen.

Die Italiener stellen 205.000 Deutsche in Süditalien fest. Das Giornale Italia läßt sich aus Vosen melden, daß nach der am 31. Dezember 1927 in Süditalien stattgefundenen Volkszählung 252.300 Einwohner gezählt wurden, von denen 47.000 Italiener und 205.300 Deutsche sind.

Eine Verhaftung in der Reparationschwindschiffaffäre. Der mit der Untersuchung der Verhaftungen bei Sachlieferungskontrakten beauftragte Untersuchungsrichter hat gestern nachmittags in Paris einen Händler Levy verhaftet lassen. Levy soll mit seinen beiden Geschäftsteilhabern Ferber, Dammel und Schwabe nach Frankreich eingeführt und bei der Reparationskommission Rechnungen eingereicht haben, die auf größere Mengen und bessere Qualitäten, als geliefert worden waren, gelaufen haben sollen. Der Untersuchungsrichter hat gegen die beiden Geschäftsteilhaber Levy, namens Goubbera und Louis Goldschmidt, Verhaftungsbefehle erlassen.

Renovierung der Frage des Beitritts Amerikas zum Welgerichtshof. Senator Gillett brachte gestern im Senat einen Antrag ein, den Präsidenten Coolidge aufzufordern, nach einer Angleichung der Standpunkte zwischen den Vereinigten Staaten und den Signatarmächten des Protokolls des Welgerichtshofes zu suchen, um dadurch Amerikas Beitritt zum Welgerichtshof zu ermöglichen. Dies ist der erste Versuch, die Verhandlungen über den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof wieder in Gang zu bringen, seitdem die Vorbehalte der Vereinigten Staaten von den anderen Signatarmächten abgelehnt worden waren. Gillett ist einer der Vorführer der Verwaltung im Senat und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Ausweisung eines Deutschen aus Polen. Der polnische Außenminister Carl Lukan aus Lubek, deutscher Reichsangehöriger, wurde durch eine Verordnung des polnischen Außenministers ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von vier Wochen als lästiger Ausländer aus dem Gebiet der Republik Polen ausgewiesen. Vor fünf Jahren bereits wurde Lukan ebenfalls ausgewiesen, er konnte damals aber auf persönliche Betreiben seines Schwiegervaters, eines Polen aus dem baltischen Kreis, die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls erreichen.

Einer Konfirmantin ins Stammbuch. Der Abg. Bauermann (Dsp.) hat im Preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Nach unwiderprochen ge-

stiegenen Zeitungsberichten hat das Wehr-Departement in Venzel bei Berlin in das Stammbuch einer Konfirmantin als Mitgliedsnummer folgendes eingetragen: „Die Kirche ist der Dummheit härteste Feindin.“ — Willi Dampel. — „Es wird nicht besser trotz Wehrdarm und heiligen Sakrament, als bis am letzten Pfaffenarm der letzte König hängt.“ — Grete Dampel. — In das Stammbuch des Reichshausministers Dr. Stresemann im Reichstag sind über die Frage der Rheinlanddrainage ausgedrückt. Er erklärte: Die Anhänger einer aufrichtigen deutsch-französischen Verständigung müssen eine auf einen sehr kurzen Zeitraum gestellte Räumung des Rheinlands ins Auge fassen. Je mehr Zeit bis 1935 vergeht, um so mehr vermindert sich der Wert des Unterpfandes und um so mehr geht die Möglichkeit zurück, Verhandlungen anzubahnen; die Abtretung eines wesentlichen politischen Wertes kann aber nicht ohne eine Gegenleistung von gleichem politischen Wert erfolgen. Wenn das Rheinland von den Truppen verlassen wird, fordern wir die Einsetzung einer ständigen internationalen Kontrollkommission, damit für dieses Gebiet der Zweifelsfrage wirkliche Garantien bleiben.“

Ein Mitglied der französischen Völkerbunddelegation über die Rheinlanddrainage. Der Delegierte Frankreichs beim Völkerbund, Abg. Marcel Planiol, hielt eine Rede, in der er sich unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Reichshausministers Dr. Stresemann im Reichstag über die Frage der Rheinlanddrainage ausdrückte. Er erklärte: Die Anhänger einer aufrichtigen deutsch-französischen Verständigung müssen eine auf einen sehr kurzen Zeitraum gestellte Räumung des Rheinlands ins Auge fassen. Je mehr Zeit bis 1935 vergeht, um so mehr vermindert sich der Wert des Unterpfandes und um so mehr geht die Möglichkeit zurück, Verhandlungen anzubahnen; die Abtretung eines wesentlichen politischen Wertes kann aber nicht ohne eine Gegenleistung von gleichem politischen Wert erfolgen. Wenn das Rheinland von den Truppen verlassen wird, fordern wir die Einsetzung einer ständigen internationalen Kontrollkommission, damit für dieses Gebiet der Zweifelsfrage wirkliche Garantien bleiben.“

Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete.

Berlin. (Funkpr.) Der Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete hat heute die Vorlage der Stadt- und Landgemeinden des besetzten Gebietes.

Abg. Dr. Bauerhöfer (Bayr. Vp.) leitete die Verhandlung mit einer Uebersicht über die Lage des besetzten Gebietes ein.

Staatssekretär Schmid: Die Vorlage der Stadt- und Landgemeinden ist nicht bloß eine Sonderheit des besetzten Gebietes im Westen; für die Gemeinden im besetzten Gebiet kommen zu der allgemeinen Vorlage noch besondere Umstände hinzu, welche die spezielle Vorlage noch verschärfen. Es sind gewisse gemeindliche Aufwendungen aus nationalen Gründen nicht zu vermeiden, es ist einmal die Frage der Theater- und Orchestervereinigungen und dann die Frage der Verstaatlichung der Polizei. Ramentlich die Städte Trier und Koblenz leiden hier schwer. Für die Theater- und Orchestervereinigungen ist nunmehr eine Verfügung gestellt.

Bekannt wird Dein Name Durch Reklame

Inseriere im Riesaer Tageblatt

Die englische Thronrede.

London. (Funkpr.) Die Parlamentstagung wurde heute um 12 Uhr mittags eröffnet. Die dabei verlesene Thronrede laut u. a.: Die Lage in China hat sich soweit gebessert, daß die nach dem äußersten Osten zum Schutz der englischen Untertanen und der englischen Besitzungen in den Konfessionen entsandten Meeres- und Marinekräfte bedeutend vermindert werden konnten, jedoch läßt die Anordnung und der Bürgerkrieg sowie der Mangel an Sicherheit noch Verbesserungen aufkommen. Die Regierung hält ihre frühere Erklärung aufrecht, nach welcher sie sich bereit erklärt, den chinesischen Wünschen zu entsprechen, sobald die Chinesen den Schutz des Lebens und der Besitzungen der Ausländer gewährleisten können. Die Regierung prüft mit Wohlwollen den von den Vereinigten Staaten überreichten Entwurf zu einem neuen Schiedsgerichtsbarkeitsvertrag. Die Rede hebt noch einige Angelegenheiten hervor, die auf eine allmähliche Besserung des inneren und des äußeren Handels schließen und die auf eine Fortsetzung der Besserung im nächsten Jahre hoffen lassen. Die Regierung prüft die Möglichkeit, die Last der baltischen Steuern auf Industrie und Landwirtschaft zu erleichtern und wird einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landes- und Ortsabgaben dem Parlament unterbreiten.

Der König von Afghanistan kommt nach Berlin.

Berlin. (Funkpr.) Der König von Afghanistan wird, wie den Blättern mitgeteilt wird, am 21. d. M. von der Schweiz her an der deutschen Grenze einreisen. Er wird dort von Vertretern der Reichsregierung empfangen und führt im Sonderzug über Frankfurt am Main nach Berlin ab, wo er am 22. Februar morgens auf dem Bahnhofs Bahnhof ankommt. Hier wird er von dem Reichspräsidenten und den Spitzen der Behörden empfangen werden. Abends ist beim Reichspräsidenten ein Diner vorgesehen, am 23. ein Diner beim Reichsfinanzminister, am 24. eine Galaoper. Am 25. gibt der König seinerseits ein Diner. Das Königspaar mit Gefolge wird dann noch einige Tage inoffiziell in Berlin verweilen und etwa eine Woche lang im übrigen Deutschland.

Englische Pressestimmen zur U-Booterklärung Kelloggs.

London. Der diplomatische Berichtshatter des Daily Telegraph schreibt, sehr tiefen Eindruck habe in britischen diplomatischen und politischen Kreisen Kelloggs Erklärung gemacht, daß die amerikanische Regierung bereit sei, mit allen Mächten einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Verwendung des Unterseebootes zu unterzeichnen, der die Berichtshatter erinnert jedoch daran, daß Frankreich und auch Italien, letzteres zum großen Teil infolge Frankreichs Hartnäckigkeit, in dieser Frage sich bisher dem Vortreten Englands für die Abschaffung der Unterseeboote nachdrücklich widersetzt haben. Die Uebereinstimmung Amerikas und Großbritanniens in einer Politik der Verfestigung des Unterseebootkrieges werde jedoch einen starken moralischen Einfluß in ganz Europa ausüben müssen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß Kelloggs diesen Schritt nicht unternommen hat, bevor er sich durch Sondierungen in Tokio überzeugt hatte, daß wenn Amerika bereit sein würde, diesem Vorgehen zu folgen unter der Voraussetzung der Zustimmung aller anderen Mächte.

Times schreibt in einem Leitartikel: Kelloggs Erklärung bedeutet einen entschiedenen Fortschritt gegenüber der Dal-

lung seiner Regierung zur Zeit der Washingtoner Konferenz. Unzulässigerweise besteht jedoch gegenwärtig keine Hoffnung auf allgemeine Unterzeichnung. Frankreich hat sich dem ursprünglichen Vorschlag heftig widersetzt. Auch Japan und Italien sind ihm unzugänglich geblieben. Frankreich und Italien erklärten das Unterseeboot als für die nationale Verteidigung notwendig. Jetzt wird es zweifellos für nicht weniger unerlässlich angesehen. Außerdem haben einige der kleineren Nationen ihre Unterseeboote seit dem Kriege dauernd vermehrt; das Unterseeboot ist tatsächlich die Waffe der Armeren Mächte geworden. Wenn die Länder, bei denen die Unterseeboote in besonderer Anzahl vorhanden sind, ihre allgemeine Abschaffung als wünschenswert angesehen, so wird jedes Vorgehen, zu dem sie bereit wären, bestimmt von anderen aufgegriffen werden. Aber für eine solche Änderung des Standpunktes besteht augenblicklich leider kein Anzeichen.

Der Völkerbundberichtshatter des Daily Telegraph schreibt, es wäre unklar, Kelloggs Erklärung über die Abschaffung der Unterseeboote zurecht Bedeutung beizumessen. Seit der Washingtoner Konferenz von 1921 habe sich die Lage bezüglich der Unterseeboote zum Nachteil der Vereinigten Staaten geändert. Japan besitze jetzt viel mehr große Unterseeboote als die Vereinigten Staaten. Angesichts der Unterseeboote der Grobmächte scheint die Aussicht, daß diese Waffe aufgegeben werde, nicht sehr hoffnungsvoll. Die Vorkriegsmacht der Unterseeboote bestände unermindert fort. Die Zahl der im Bau befindlichen Boote übersteigt die Zahl der Unterseeboote, die vor dem Kriege gebaut wurden.

Sechste Funkprach-Meldungen und Telegramme vom 7. Februar 1928.

Zwei übliche Verkehrsanfälle.

Berlin. (Funkpr.) In der Berliner Straße in Tempelhof wurde heute vormittag die 84jährige Witwe Richter von einem Arbeitswagen der Straßenbahn angefahren. Frau Richter erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in bestimmungslosem Zustande dem St. Nordert-Krankenhaus zugeführt. Dort ist sie infolge schweren Verletzungen erlegen. — An der Kreuzung der Eden-Carmen-Straße wurde ein ungefähr 50 Jahre alter Mann von einem Arbeitswagen der Autobusgesellschaft überfahren; schwer verletzt nach der Rettungshaus gebracht, ist er unter den Händen des Arztes verstorben.

Der vermiste Bürgermeister von Neufungen als Leiche aufgefunden.

Kassel. (Funkpr.) Aus der Fulda wurde heute beim hiesigen Wasserwerk eine männliche Leiche gefischt. Der Tote wurde als der seit dem 24. Dezember vorigen Jahres vermiste Bürgermeister von Neufungen identifiziert. Ob ein Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Untersuchung.

Raubmord.

Waldesh (Eifel). Der Landwirt Michael Degen, ein wohlhabender Junggeselle, wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Schußwunden auf. Einer der Schüsse hatte das Herz durchbohrt. Nach den Umständen ist Raubmord anzunehmen. Die Wohnung war von unten bis oben durchwühlt. Der Täter ist noch nicht bekannt.

Eine Richtigerklärung.

Dortmund. (Funkpr.) Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Die Meldung über ein am Sonnabend voriger Woche auf der Schachtanlage 3 und 4 der Zeche Viktor in Ostrop-Rauzel vorgemerktes Grubenunglück, bei welchem 5 Bergleute verunglückt wurden, von denen 4 mit schweren Verletzungen geborgen seien, während ein Bergmann voraussichtlich zu Tode gekommen sei, ist unzutreffend. Das fragliche Unglück hat sich im Abbau durch Auslaufen der Kohle ereignet. Es ist ein Mann verschüttet, der noch nicht geborgen ist. Es ist als sicher anzunehmen, daß er tödlich verunglückt ist. Im übrigen ist niemand zu Schaden gekommen.

Ein ausgefeimter Diebstahl aufgedeckt.

Sambura. (Funkpr.) Die Hamburger Kriminalpolizei hat eine in Hamburg ansässige Betrugsorganisation aufgedeckt, die seit Jahren erfolgreiche Fälschungen von französischen Marken aufgefingene und die ihnen bekannt gewordenen Resultate benutzt hat, um in letzter Minute Buchmacheretten zu belegen. Die drei verhafteten Hauptbetrüger haben eingestanden, den Schwindel auch in anderen deutschen Städten, so in Berlin, Chemnitz, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Hannover, Magdeburg ausgeführt zu haben. Die Betrüger arbeiteten mit einem 3-Möhrenapparat, mit dem sie die Morsetexte aufnahmen. Die Hamburger Buchmacher sind in wenigen Tagen um 10.000 Mark betrogen worden.

Verhängnisvolles Schadenfeuer.

Wien a. d. Luze. In der Ortschaft Stow wurden in der vergangenen Nacht das Wohnhaus und die Scheune des Hofbesizers Korde durch Feuer zerstört. Hierbei fand ein 50-jähriger Knecht den Tod in den Flammen; ein zweiter Knecht erlitt schwere Brandwunden. Auch viel Vieh ist verbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Unteruchung des oberbayerischen Arbeitszeitkonfliktes.

Rattowitz. (Funkpr.) Die bairische Regierung entsandte infolge der Vorgänge auf der Bismarckhütte einen Ministerialdelegierten mit der Bestimmung, den oberbayerischen Arbeitszeitkonflikt zu untersuchen und zu schlichten. Der Delegierte Ingenieur Kolmann ist bereits gestern eine Konferenz mit den Arbeitgebern und der Gewerkschaftsbehörde ab, mit dem Ergebnis, daß ein Sonderauschuss gebildet wurde.

Bevorstehende Präsidentschaftswahlen in Portugal.

Paris. (Funkpr.) Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Lissabon sollen am 4. März die Präsidentschaftswahlen stattfinden, was als erster Schritt zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse angesehen werde. Präsidentschaftskandidat sei der bisherige Präsident, General Carmona. Er werde voraussichtlich, da keine ernsthafte Opposition bestehe, gewählt werden. Die Opposition gegen die Kandidatur des jetzigen Präsidenten soll, wie einige Morgenblätter berichten, dadurch beseitigt sein, daß Marcial Gomes Costa, der Führer der Aufstandsbewegung vom Mai 1926, von der Regierung des Landes vertrieben wurde. Wie das berichtet, ist er gestern nach Rom abgereist.

Die Frage des Washingtoner Arbeitszeitabkommens von dem französischen Ministerrat.

Paris. (Funkpr.) In dem heute vormittag abgehaltenen Ministerrat erhaltete der Arbeitsminister über die Genfer Debatte des Washingtoner Arbeitszeitabkommens Bericht. Die Regierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens, als das französische Parlament auf ihren Vorschlag das Washingtoner Abkommen ratifizierte und die Ratifizierungsbedingungen festsetzte hatte, beizubehalten und 2. sich jedem Vorschlag auf Revision dieses Abkommens zu widersetzen.

Schweres Autounglück in Französisch-Marokko.

Paris. (Funkpr.) Wie das aus Marokko (Marokko) berichtet, fuhr ein aus Fez kommendes Bahntaxi infolge Verlassens der Bremse in eine vom Manöver zurückkehrende Abteilung Schienen. Ein eingeschlagener Schiene wurde getötet, ein französischer Sergeant und 5 einseitig